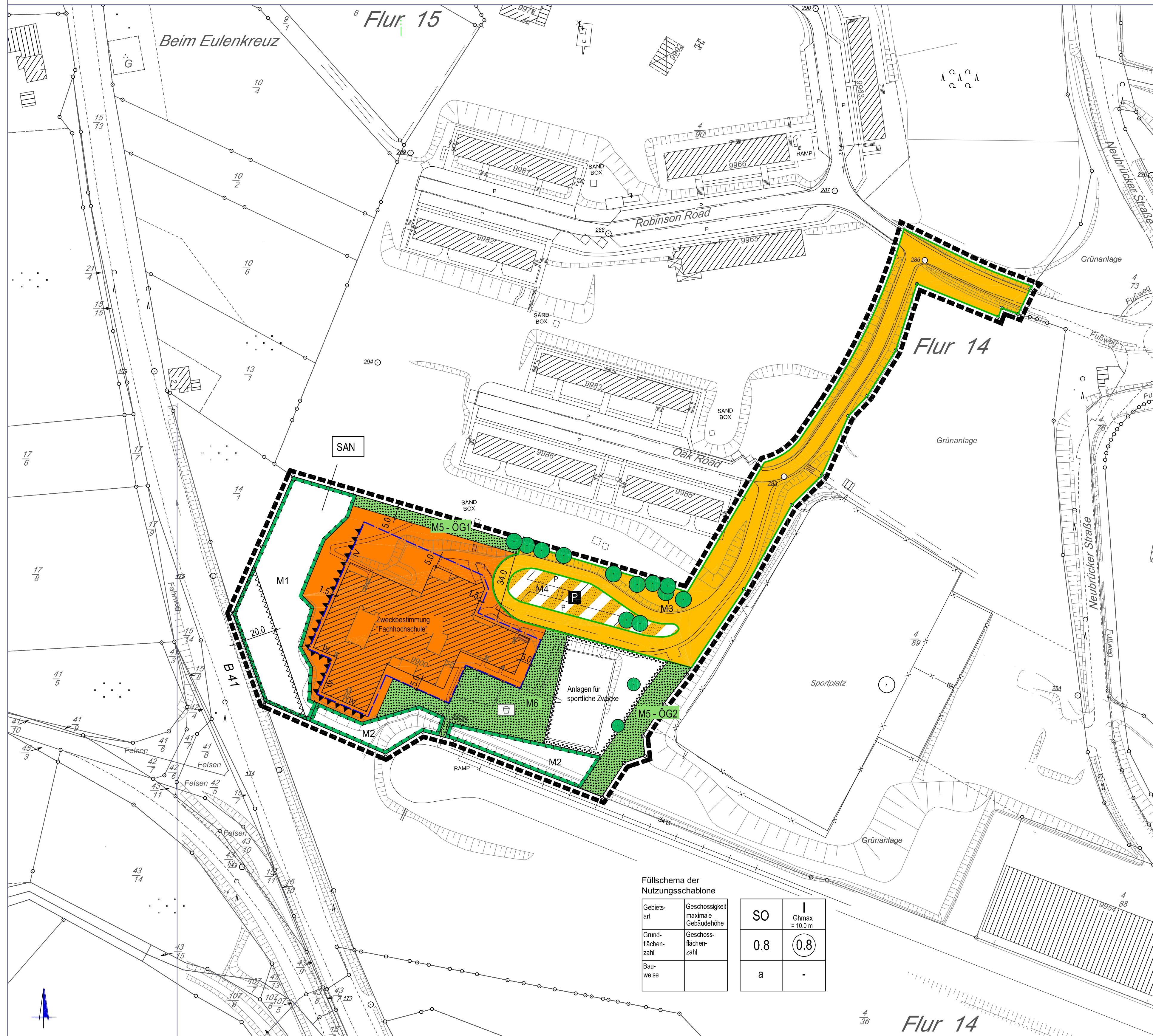


# GEMEINDE HOPPSTÄDTEN-WEIERSBACH BEBAUUNGSPLAN "US-HOUSING - ELEMENTARY-SCHOOL"

M 1:1000



## LEGENDE

### ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

**SO** sonstiges Sondergebiet (§ 11 BauNVO)  
Zweckbestimmung "Fachhochschule"

### MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

0,8 Grundflächenzahl (§§ 16 Abs.2, 19 BauNVO)  
0,8 Geschossflächenzahl (§§ 16 Abs.2, 20 BauNVO)  
Ch<sub>max</sub> maximale Gebäudehöhe  
I Zahl der Vollgeschosse Höchstgrenze (§§ 16 Abs.2, 20 BauNVO)

### BAUWEISE ÜBERBAUBARE FLÄCHEN, STELLUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB)

a abweichende Bauweise (§ 22 Abs.2 BauNVO)  
Baugrenze (§ 23 Abs.1 und 3 BauNVO)

### FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN (§ 9 Abs.1 Nr.5 BauGB)

Flächen für Sport- und Spielanlagen  
Zweckbestimmung: siehe Planantrag

### VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs.1 Nr.11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen mit Gehwegen  
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung:  
P öffentliche Parkfläche  
Straßenbegrenzungslinie

### GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs.1 Nr.15 BauGB)

öffentliche Grünfläche  
öffentliche Grünfläche mit Spielplatz

### FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT I.V.M. FESTSETZUNGEN FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN, BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs.1 Nr.20 UND Nr.25a, b BauGB)

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft  
zu erhaltender Baum

### FLÄCHEN FÜR BESONDERE ANLAGEN UND VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES (§ 9 Abs.1 Nr.24 UND ABS. 4 BauGB)

massgeblicher Lärmpegelbereich nach DIN 4109 (Erdgescholl/Obergescholl), erforderliche Schallschutzmassnahmen siehe Textliche Festsetzungen

### SONSTIGES

Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs.7 BauGB)  
Das Plangebiet befindet sich zur Gänze im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet "Ehem. US-Housing Neubrücke"  
Umgrenzung der Flächen die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs.1 Nr.10 und Abs.6 BauGB)

### INFORMATIVE PLANKENZEICHNUNGEN

M1 Maßnahmen gemäß Fachbeitrag Naturschutz  
-Beispiel- (siehe Textl. Festsetzungen)

## VERFAHRENSVERMERKE

### 1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Der Rat der Gemeinde Hoppstädten-Weiersbach hat in seiner Sitzung am 29.09.2010 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

### 2. ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG DES AUFSTELLUNGSBESCHLUSSES:

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs.1 BauGB erfolgte am 13.10.2010.

### 3. FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT:

Die öffentliche Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte am 03.11.2010. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB erfolgte im Zeitraum vom 04.11.2010 bis zum 26.11.2010.

### 4. FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE SOWIE DER NACHBARGEMEINDEN:

Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurde gemäß § 4 Abs.1 BauGB am 04.11.2010 eingeleitet. Mit gleichem Datum erfolgte auch eine Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs.2 BauGB. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endete am 30.11.2010.

### 5. BEHANDLUNG DER IM RAHMEN DER FRÜHZEITIGEN BETEILIGUNG EINGEGANGENEN STELLUNGEN:

Der Gemeinderat hat nach vorangegangener Prüfung gem. § 1 Abs.7 BauGB in seiner Sitzung am 17.12.2010 über die innerhalb der gesetzten Frist eingegangenen Stellungnahmen beraten und beschlossen.

### 6. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG DES PLANENTWURFS:

Der Planentwurf lag gemäß § 3 Abs.2 BauGB nach Bekanntmachung vom 16.03.2011 mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, umweltbezogenen Stellungnahmen in der Zeit vom 24.03.2011 bis zum 26.04.2011 öffentlich aus.

### 7. BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE SOWIE DER NACHBARGEMEINDEN:

Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde gemäß § 4 Abs.2 BauGB am 14.03.2011 eingeleitet. Mit gleichem Datum erfolgte auch eine Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs.2 BauGB. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endete innerhalb eines Monats nach Zugang.

### 8. BEHANDLUNG DER IM RAHMEN DER FÖRMELICHEN BETEILIGUNG EINGEGANGENEN STELLUNGEN:

Der Gemeinderat hat nach vorangegangener Prüfung gem. § 1 Abs.7 BauGB in seiner Sitzung am 11.05.2011 über die innerhalb der gesetzten Frist eingegangenen Stellungnahmen beraten und beschlossen.

### 9. SATZUNGSBESCHLUSS ÜBER DIE ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN UND SATZUNGSBESCHLUSS DES BEBAUUNGSPLANS:

Aufgrund § 24 GemO und § 88 LBauO hat der Gemeinderat die auf Landesrecht beruhenden örtlichen Bauvorschriften des Bebauungsplanes in seiner Sitzung am 11.05.2011 als Sitzung beschlossen. Aufgrund des § 10 Abs.1 BauGB hat der Gemeinderat nach vorangegangener Prüfung der Stellungnahmen und Abwägung des Ergebnisses der Umweltprüfung den Bebauungsplan mit Übernahme der auf Landesrecht beruhenden Festsetzungen in seiner Sitzung am 11.05.2011 als Sitzung beschlossen.

(Bürgermeister)

### 10. GENEHMIGUNG

Gemäß § 10 Abs.2 BauGB genehmigt durch Kreisverwaltung Birkenfeld, den .....

(Unterschrift)

### 11. AUSFERTIGUNG

Der Bebauungsplan, bestehend aus: Planzeichnung, bauplanungsrechtlichen Festsetzungen, bauordnungsrechtlichen Festsetzungen und Begründung, stimmt mit allen seinen Bestandteilen mit dem Willen des Gemeinderates überein. Das für den Bebauungsplan vorgeschriebene gesetzliche Verfahren wurde eingehalten. Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt. Er tritt am Tag seiner Bekanntmachung / mit Wirkung vom ..... rückwirkend vom ..... in Kraft.

Ort: ..... Datum: .....

(Bürgermeister)

## 12. BEKANNTMACHUNG DES BESCHLUSSES DES BEBAUUNGSPLANES UND DER ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN / BEKANNTMACHUNG DER ERTEILUNG DER GENEHMIGUNG

Die ortsübliche Bekanntmachung des Beschlusses des Bebauungsplanes / der Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung gemäß § 10 Abs.3 BauGB sowie die öffentliche Bekanntmachung der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften gem. § 24 Abs.3 GemO erfolgte am .....

(Bürgermeister)

Die bauplanungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Textfestsetzungen im gesonderten Beifolg sind Bestandteil des Bebauungsplans. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB und die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs.4 BauGB sind beigelegt.

## RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes (Inv-WobauL.G) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne sowie über die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 56) sowie die Anlage zur PlanZV 90
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163)
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in der Fassung vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27. Oktober 2009 (GVBl. S. 358)
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) in der Fassung vom 28. September 2005 (GVBl. S. 387)
- Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 53), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. September 2010 (GVBl. S. 299)
- Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153) zuletzt geändert durch § 142 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Oktober 2010 (GVBl. S. 319)

## GEMEINDE HOPPSTÄDTEN-WEIERSBACH BEBAUUNGSPLAN "US-HOUSING-ELEMENTARY-SCHOOL"

M. 1:1000

## STADTPLANUNG ■ LANDSCHAFTSPLANUNG

DIPL. ING. REINHARD BACHTLER  
DIPL. ING. FRANK BÖHME SRL  
DIPL. ING. HEINER JACOBS SRL  
ROLAND KETTERING STADTPLANER  
BRUCHSTRASSE 5  
67655 KAISERSLAUTERN  
TELEFON (0631) 36158-0  
TELEFAX (0631) 36158-24  
EMAIL buero@bbp-kl.de  
www.bbp-kl.de

BACHTLER  
BÖHME +  
PARTNER